

GLOBAL GOVERNANCE

Zu Beginn der 90er Jahre tauchte im politikwissenschaftlichen Fachjargon und in politischen Rhetorik ein neuer Begriff auf. Global Governance oder International Governance. Alle deutschen Übersetzungsversuche als „Weltinnenpolitik“, „Weltordnungspolitik“ oder „globale Ordnungs- und Strukturpolitik“ stießen auf verschiedene Einwände, sodass der englische Originalbegriff in den wissenschaftlichen und politischen Sprachgebrauch übernommen wurde.

Das Konzept von Global Governance hat viele Geburtshelfer, aber bei allen Unterschieden in Begrifflichkeit, Begründungen und Vorschlägen zu Problemlösungen eine gemeinsame Zielsetzung: Mittel und Wege zur politischen Gestaltung der Globalisierung aufzuzeigen.

Unter dem Begriff Global Governance werden Konzepte für eine neue Weltordnungspolitik diskutiert. Unter dem Eindruck schwindender Einflussmöglichkeiten auf nationaler Ebene fragen sich Experten, ob nicht im Zeichen der Globalisierung auch globales Regieren in den Vordergrund treten sollte. Eine Multi-Ebenen-Vernetzung, flexible Steuerung und Subsidiarität sind die entscheidenden Gestaltungskriterien eines sich herausbildenden Global Governance Konzepts. Der Nationalstaat soll nicht ersetzt werden, sondern zu einem Koordinierungsstaat transformiert werden.

Wichtige Beiträge zur Entwicklung des Konzeptes einer Global Governance lieferten v.a. die Berichte verschiedener Kommissionen der Vereinten Nationen: So z.B. das als Brandt-Bericht bekannt gewordene Abschlussdokument der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Nord-Süd-Kommission 1980), ebenso der 1987 veröffentlichte Bericht „Our Common Future“ der UN World Commission on Environment and Development. Letzterer wurde – in Anlehnung an den Namen der Kommissionsvorsitzenden – weltweit als Brundtland-Report bekannt. Auch die Berichte des Club of Rome trugen zur Entwicklung des Konzeptes bei; vor allem der 1991 unter dem Titel „The First Global Revolution“ publizierte Bericht forderte unter Rekurs auf den Begriff Governance eine gleichzeitige, umfassende Inangriffnahme aller Probleme auf allen Ebenen. In einem weiteren Bericht an den Club of Rome wurde ermittelt, ob die „Erde noch regierbar“ ist. Schließlich wurde der Begriff „Global Governance“ durch die

Gruppe C

„Commission on Global Governance“ (CGG) ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt, die sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und im Hinblick auf neue globale Probleme mit der Regierbarkeit der Welt beschäftigte. Die Ergebnisse dieser unter dem Dach der UNO arbeitenden Kommission wurden 1995 in dem Bericht „Our Global Neighbourhood“ zusammengefasst.

„Globalisierung der Weltwirtschaft“ ist Global Governance ein Ansatz für die Bearbeitung globaler Probleme von zunehmender Komplexität und Interdependenz. Im Spannungsfeld zwischen Staaten und multinationalen Institutionen, globalisierter Wirtschaft und Finanzwelt, Medien und Zivilgesellschaft plädiert Global Governance für eine neue, kooperative Form der Problembearbeitung: Für Global Governance sind dialogische und kooperative Prozesse zentral, die über die verschiedenen Handlungsebenen subsidiär entlang der Achse lokal – global hinweg reichen sowie Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenführen und vernetzen. Global Governance setzt damit also auf das konstruktive Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in dynamischen Prozessen interaktiver Entscheidungsfindung von der lokalen bis zur globalen Ebene.

Zweitens lässt das aus der „Welt von gestern“ hervorgeholte Bedrohungsszenario eines „globalen Kampfes alle gegen alle“ auch eine ganz andere Schlussfolgerung zu: Dass Global Governance zur Vermeidung eines solchen hobbesianischen Horrorszenarios dringend notwendig ist.

„Zweck und Ziel von Global Governance können vorläufig definiert werden als Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phänomene erlauben“¹

Hinter diesem Ziel, die Globalisierung politisch zu gestalten, ihre Nutzen für möglichst viele Gesellschaften zu optimieren und ihre von den „Globalisierungsgegnern“ befürchteten Risiken zu minimieren, verbringt sich eine der größten politischen und intellektuellen Herausforderungen der Gegenwart und nahen Zukunft.

Global Governance beruht auf verschiedenen Formen und Ebenen der internationalen Koordination, Kooperation und kollektiven Entscheidungsfindung. Internationale Organisationen übernehmen diese Koordinierungsfunktion und tragen zur Herausbildung

Gruppe C

globaler Sichtweisen bei. Regime übersetzen den Willen zur Kooperation in verbindliche Regelwerke. In solchen Regimen verpflichten sich die Staaten durch vertragliche Vereinbarungen zur Bearbeitung von gemeinsamen Problemen. Auch Hegemone lassen sich auf solche Regime ein, weil sie etwas regeln, was ihnen für das eigene Wohlergehen wichtig ist und was sie nicht allein regeln, aber kraft ihrer Machtfülle zum eigenen Vorteil beeinflussen können.

Schließlich, Global Governance ist kein romantisches Konzept, sondern eine durchaus realistische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und globalen Risiken.

Quellen:

- ¹* Mir A. Ferdowsi: Internationale Politik im 21. Jahrhundert, München 2002, S 73
- Mir A. Ferdowsi: Internationale Politik im 21. Jahrhundert, München 2002

www.bundestag.de